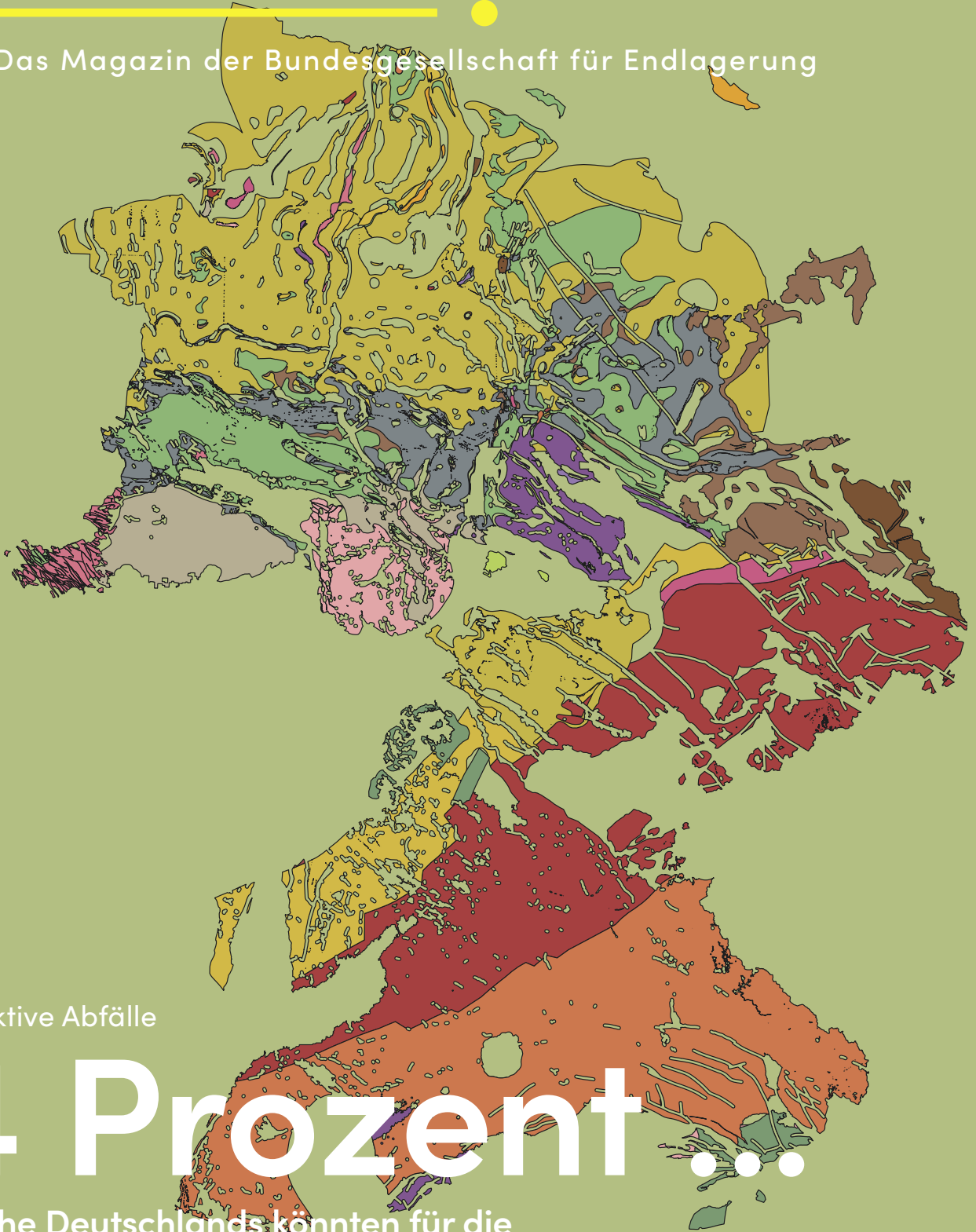


einblicke

Das Magazin der Bundesgesellschaft für Endlagerung



Hochradioaktive Abfälle

54 Prozent...

... der Fläche Deutschlands könnten für die
sichere Endlagerung infrage kommen –
jetzt beginnt die weitere Eingrenzung der Gebiete



Die Tagesschau vom 28. September 2020 begann mit einer Nachricht, mit der kaum jemand gerechnet hatte. Susanne Daubner verkündete das Ende des Projektes Gorleben. Der Beitrag zeigte auch die Vorstellung der Karte auf dem **Titel** dieses Magazins. Sie stammt aus dem an jenem Tag veröffentlichten „Zwischenbericht Teilgebiete“ der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und zeigt auf, welche Gebiete im weiteren Verfahren der Endlagersuche näher untersucht werden. Und der Bericht benennt diejenigen Gebiete, die bei der Endlagersuche schon jetzt ausgeschlossen werden können.

Liebe Leserinnen und Leser!

War das ein denkwürdiger Moment, als Susanne Daubner am 28. September 2020 in der Tagesschau verkündete, dass in Gorleben kein Endlager für hochradioaktive Abfälle gebaut wird? Ja, aber es war vor allem eine Zäsur, ein Paradigmenwechsel. Und zwar nicht nur, weil die Menschen in der Region an diesem Abend nach 40 Jahren endloser und verfahrenerer Diskussionen erleichtert aufatmeten. Sondern vor allem, weil aus den Fehlern der Vergangenheit endlich Konsequenzen gezogen wurden.

Der Anfang vom Ende des Projektes Gorleben fällt ins Jahr 2013, als das „Standortauswahlgesetz“ in Kraft trat. Darin war der Neustart des Standortauswahlverfahrens festgelegt – mit dem Ziel, in einem wissenschaftsbasierten und transparenten Verfahren einen Standort für ein geologisches Endlager für insbesondere Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle zu finden. Die Erkundungsarbeiten im Salzstock Gorleben wurden beendet, 2017 begann die neuerliche Suche nach dem Endlager. 2031, so der Plan, soll es gefunden sein. Dafür wurden auch die Zuständigkeiten neu geordnet – mit dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) als Aufsichts- und Beteiligungsbehörde, der BGE als Vorhabensträgerin und der Wissenschaft und der Öffentlichkeit als kritische Verfahrensbeteiligte.

Zu den wichtigsten Erkenntnissen aus 40 Jahren Streit um Gorleben gehört, dass die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle aus dem Betrieb von Kernkraftwerken eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Eine Aufgabe, die also nur im gesellschaftlichen Konsens erfolgreich sein wird. „Politik und Behörden haben in den vergangenen Jahrzehnten oft Fehlinformationen von sich gegeben“, sagt der Kommunikationsexperte Frank Brettschneider in unserem Interview ab Seite 8. „Vertrauen ist schnell zerstört – und es dauert lange, es aufzubauen.“ Genau darum wird es in den nächsten Jahren immer und immer wieder gehen.

Ihr Einblicke-Team

Wir müssen reden

Auf der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle wird ganz Deutschland nach wissenschaftlichen Kriterien auf geeignete Standorte geprüft. Das Verfahren ist aufwendig, langwierig – und transparent. Bürger*innen reden mit und sind von Anfang an in die Fachdebatten eingebunden

Von Michael Prellberg

Der Autor ist freier Journalist. Seine Beiträge erscheinen unter anderem in der ZEIT, Capital, im manager magazin und Greenpeace Magazin

Es ist einiges falsch gelaufen bei der Suche nach Endlagern für radioaktive Abfälle. Es gab fragwürdige Empfehlungen, überstürzte Entscheidungen und nicht zuletzt politische Festlegungen. Polizei in Rüstung und Wasserwerfer auf der einen Seite, an Gleisen festgekettete Demonstrierende auf der anderen Seite: So soll es bei der Endlager-suche nicht mehr laufen. Wann dieser Kurswechsel erstmals ins öffentliche Bewusstsein trat, lässt sich genau bestimmen. „Salzstock Gorleben nicht geeignet“ als Atommüll-Endlager: Das verkündete Susanne Daubner am 28. September 2020 um 20 Uhr in der ARD als Topmeldung der Tagesschau.

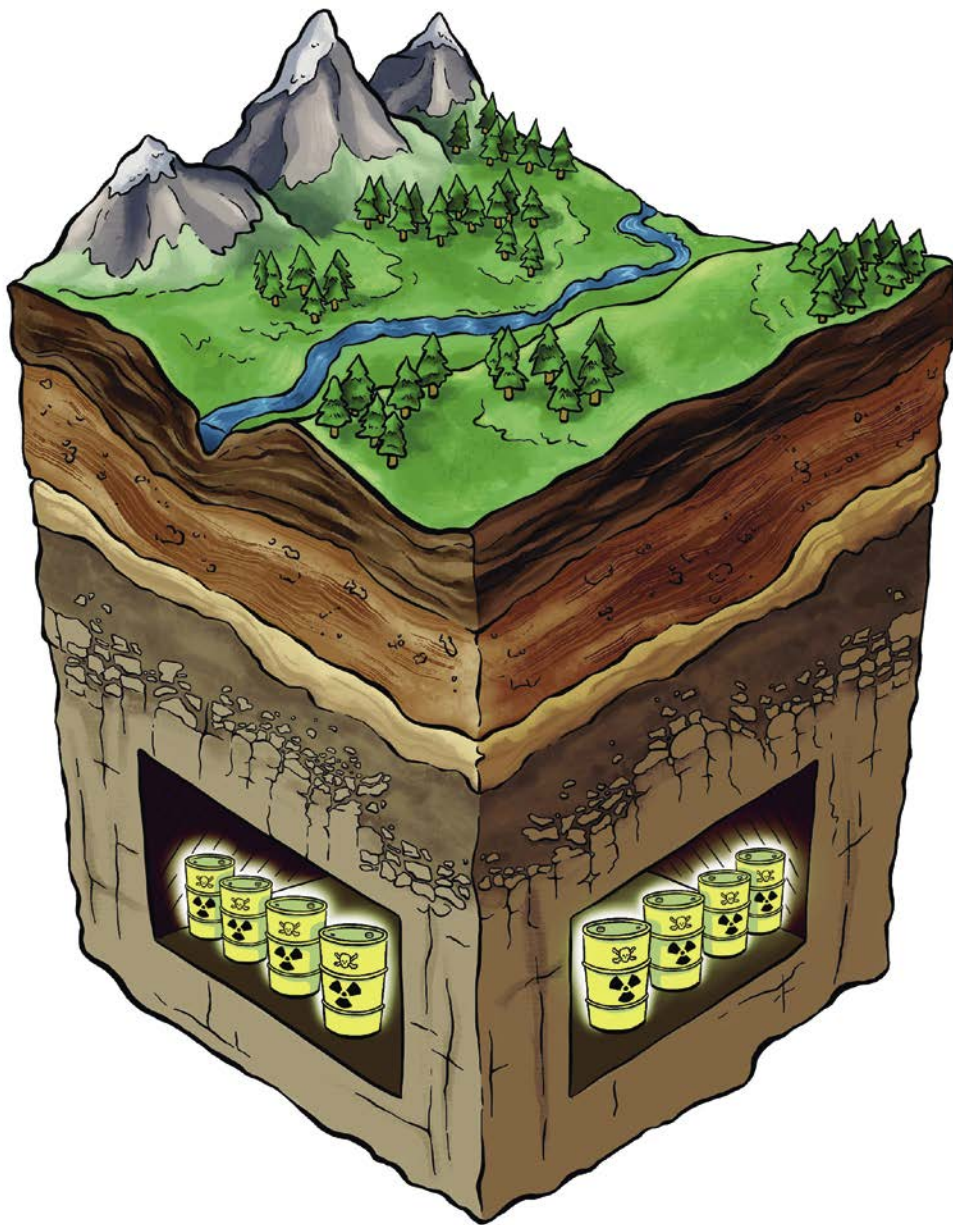
Kein Endlager in Gorleben – was für ein Signal! Das 600-Einwohner-Dorf im Wendland ist Symbol für eine Atompolitik, die wenig auf Bürger*innen hört. Zugleich ist Gorleben ein Symbol für den anhaltenden Protest von Menschen vor Ort, die sich politischer Willkür nicht fügen. Schon 1979 informierten Landwirte aus dem Wendland vor 100.000 demonstrierenden Menschen den damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten: „Lieber Herr Albrecht, wir wollen deinen Schiet nicht haben!“

Niemand will den „Schiet“ haben, daran hat sich bis heute nichts geändert. Doch irgendwo müssen die hochradioaktiven Abfälle tief im Untergrund gelagert werden – sicher für mindestens eine Million Jahre. Deshalb macht Deutschland Tabula rasa und fängt von vorne an, mit streng wissenschaftlichen Kriterien und einem vollkommen offenen Prozess. Anfangs war die Landkarte komplett weiß, 2020 hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) sie erstmals eingefärbt: Etwa die Hälfte des Landes bleibt derzeit noch im Blick für die Standortauswahl.

Wissenschaft im Vordergrund

„Die betroffene Region wird den ermittelten Standort nur dann tolerieren können, wenn das Verfahren transparent abläuft, alle Einwände gehört wurden und die Entscheidung nachvollziehbar ist“, heißt es aus dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) als zuständiger Beteiligungsbehörde. Deshalb können und sollen „Bürgerinnen und Bürger den Auswahlprozess mitgestalten und auf verschiedenen Ebenen Einfluss nehmen“. Das hat mit bundesweiten Fachkonferenzen bereits begonnen. Das Spektrum wird später er-

Niemand will den „Schiet“ haben, daran hat sich bis heute nichts geändert



weitert, beispielsweise mit Regionalkonferenzen vor Ort.

Bei den bereits abgeschlossenen ersten Fachkonferenzen steht – wie im gesamten Verfahren – die Wissenschaft im Vordergrund: Was ist aus geologischen Gründen die beste Option für ein Atommüll-Endlager? Die Eckdaten sind geklärt: Das Endlager muss unterirdisch in Salz-, Ton- oder kristallinen Wirtsgesteinen angelegt werden. Diese Gesteine müssen Formationen bilden, die mindestens 300 Meter unter der Oberfläche liegen, mindestens 100 Meter mächtig sowie hitzebeständig und wasserdicht sein. Über alles Weitere wird diskutiert. Dabei bleiben die Wissenschaftler*innen keineswegs unter sich: Bewusst sollen sich alle Interessierten mit

Fragen, Hinweisen und Kritik einbringen. Der Gesetzgeber hat den Beteiligten aufgegeben, wissenschaftliche Erkenntnisse, Methoden und Kriterien während des gesamten Standortauswahlverfahrens transparent zu kommunizieren – und sie hinterfragen zu lassen. In den drei Fachkonferenzen dieses Jahres ging es dabei erst einmal um den Blick zurück. Diskutiert wurde der „Zwischenbericht Teilgebiete“ vom September 2020, der großzügig und nach Aktenlage alle Gesteinsformationen – insgesamt 90 sogenannte Teilgebiete – ausweist, die theoretisch infrage kommen könnten. Der Zwischenbericht erwartet immerhin für rund 54 Prozent der bundesdeutschen Fläche günstige geologische Voraussetzungen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle.

Eine Million Jahre müssen die Abfälle sicher gelagert sein. Dieser Zeitraum entzieht sich unserer Vorstellungskraft. In ihren Illustrationen macht Charlotte Apel die Dimensionen fassbar. Sie entstanden im Rahmen eines Projekts an der Hamburger University of Europe for Applied Sciences

Um die Zahl der wirklichen Optionen genauer bestimmen zu können, wird jetzt im nächsten Schritt in repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen nach geologischen und später bei Bedarf auch nach planungswissenschaftlichen Kriterien genauer gefiltert.

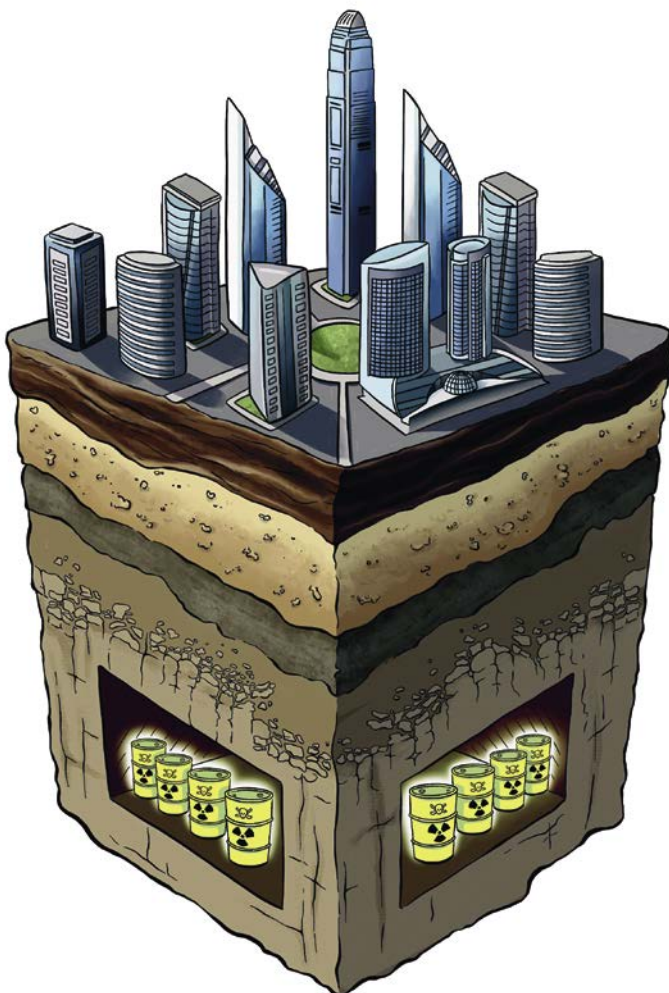
Öffentlichkeit bleibt am Ball

Eine formelle Öffentlichkeitsbeteiligung ist laut Standortauswahlgesetz erst wieder vorgesehen, wenn diese Ergebnisse vorliegen. Diese „Partizipationslücke“, wie sie auch genannt wird, hat viele Teilnehmer*innen der Fachkonferenzen verärgert. „Die Menschen wollen da weiter dranbleiben“, sagt beispielsweise Sabrina Kaestner, Bürgermeisterin im oberfränkischen Markt Leuthen. Schon zuvor hatte es jede Menge Kritik gegeben, etwa an der Form des Zwischenberichtes: 90 Teilgebiete auf mehr als der Hälfte Deutschlands – damit werde der Suchraum kaum eingeschränkt. „Niemand fühlt sich betroffen“, kritisiert etwa die Atommüllkonferenz, ein Zusammenschluss von rund 30 Initiativen. Auch das

Verfahren selbst stößt auf Kritik: „Der Start verlief sehr holprig“, sagt etwa Asta von Oppen vom Rechtshilfe e.V. Gorleben. „Partizipation sollte nicht nur reine Information, sondern echte Mitwirkung sein.“ Viele Hinweise und Nachfragen seien auf der Fachkonferenz einfach wegmoderiert worden, monieren auch andere Teilnehmer*innen.

„Wir müssen gemeinsam erkunden, wie wir erkunden wollen.“

**Stephan Wichert-von Holten,
Superintendent
Lüchow-Dannenberg**



Nach dem August-Termin der Fachkonferenz sollte eigentlich Schluss sein mit der formellen Bürgerbeteiligung. Es wäre in den Augen vieler das Ende der versprochenen Transparenz gewesen. Wenn die Suche nach dem Endlager „für die nächsten Jahre im Tunnel verschwindet“, sagt Stephan Wichert-von Holten, der für das Wendland zuständige Superintendent der evangelischen Kirche, drohe das gesamte Projekt zu implodieren. Die in der Fachkonferenz gezeigte Gesprächsbereitschaft der BGE sei der beste Ansatz, um Vertrauen aufzubauen. Dieses keimende Pflänzchen sei in Gefahr, wenn jetzt die Öffentlichkeit abgekoppelt wird. Transparenz? Offenheit? Perdu. Wichert-von Holten fordert die Bürgerbeteiligung auch im nächsten Schritt: „Wir müssen gemeinsam erkunden, wie wir erkunden wollen.“

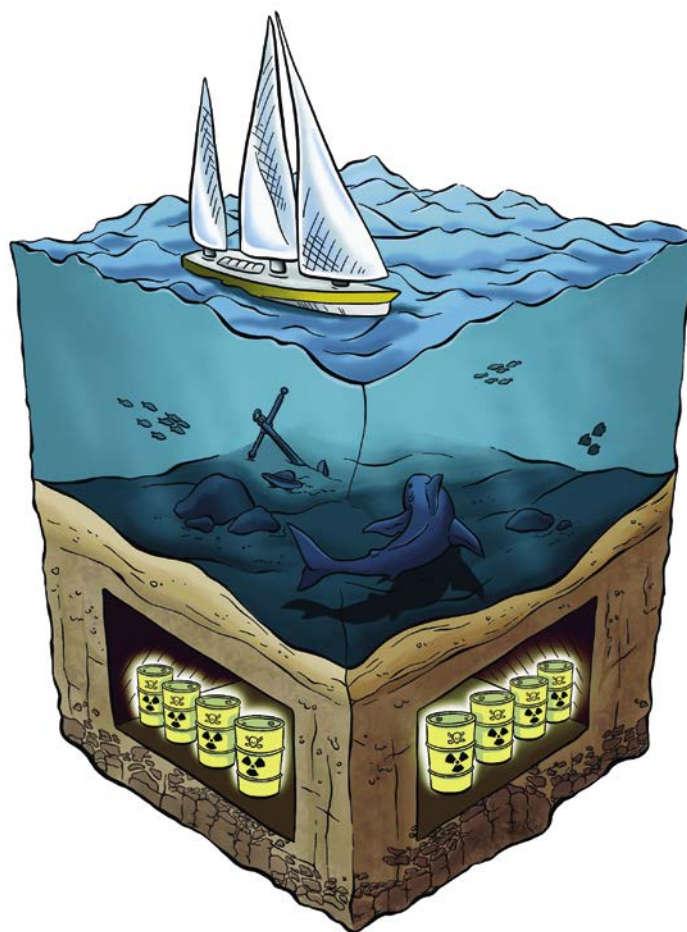
Die Botschaft ist angekommen. Über ein Beteiligungsformat, das gerade entwickelt wird, soll die Öffentlichkeit auch die nächsten Schritte begleiten. Ein „breiter Kreis von vernetzten Interessierten, offen für alle“ – so stellt sich das BASE das Forum vor. Sämtliche Arbeitsfortschritte sollen „transparent, öffentlich und kontinuierlich“ verfolgt und kritisch hinterfragt werden.

Der ehrliche Wille, in diesen Dialog einzusteigen, war in den Fachkonferenzen deutlich zu spüren, sagt Marktleuthens Bürgermeisterin Sabrina Kaestner. Sie hat sich in der Organisation der Fachkonferenz engagiert und war positiv überrascht von dem Niveau der Diskussion. Jetzt ist sie erleichtert, dass die Öffentlichkeit am Ball bleiben kann: „Ich finde es großartig, dass von allen Seiten der Wille zu spüren ist, die Öffentlichkeit mitzunehmen – auch wenn es heißt, über das hinauszugehen, was vom Gesetz vorgesehen ist.“ Sie ist zuversichtlich, dass gemeinsam ein Konzept erarbeitet werden kann, mit dem alle Beteiligten zufrieden sind.

Nervosität vor Ort

Es kann kein Zuviel an Transparenz geben. Denn selbst was formal richtig ist, kann leichtfertig Vertrauen verspielen, wenn es nicht offen kommuniziert wird. Das hat auch die BGE lernen müssen. Sie hatte im Juli vier Gebiete benannt, in denen sie ihre Methoden entwickeln und verfeinern will. Untersucht werden soll, mit welchen Methoden aus den 90 Teilgebieten vielversprechende Standortregionen für eine überträgige Erkundung herausgefiltert werden können. „Zur Methodenentwicklung ist ein Gebiet nicht besser oder schlechter geeignet als andere Gebiete“, sagt BGE-Geschäftsführer Steffen Kanitz, trotzdem regte sich sofort Protest. „So geht das nicht“, empörte sich Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow: Zwei der ausgewählten Gebiete liegen auch auf Thüringer Boden. Im niedersächsischen Landkreis Harburg mit seinem Salzstock Bahlburg kritisierten Politik und Verwaltung, nicht vorab informiert worden zu sein. „Ein solches Vorgehen sorgt bei den Menschen vor Ort für Verunsicherung und Misstrauen“, sagte Landrat Rainer Rempe.

„Wir haben unterschätzt, wie sensibel bereits auf das Nennen von Gebieten, bei denen es nur um die Entwicklung von Methoden geht, reagiert wird“, sagt Wolfram Rühaak, Abteilungsleiter Sicherheitsuntersuchungen bei der BGE. „Wir haben den frühestmöglichen Zeitpunkt gewählt, um die Vorgehensweise transparent zu machen – dieses Vorgehen birgt immer die Gefahr, dass es mangels eines ausgefeilten Kommunikationskonzeptes zu Missverständnissen kommt“, sagt Geschäftsführer Steffen Kanitz. Das kann auch in Zukunft immer wieder vorkommen, aber die BGE wird an ihrem Versprechen festhalten, Sachverhalte und Vor-



gehen frühestmöglich zu veröffentlichen. Auch wenn das bedeutet, dass weiterhin unfertige Arbeitsstände zugänglich gemacht werden.

Dieses Versprechen sollte die BGE besser halten. Denn von ihrem Verhalten hängt entscheidend ab, ob die Standortsuche für das Endlager ein Erfolg werden kann. Oder ob doch wieder politische Gründe den Ausschlag geben. Diese Angst hat beispielsweise Amanda Hasenfusz, die in der dünn besiedelten Altmark in Sachsen-Anhalt lebt. „Hier gibt es eine sehr schöne Landschaft, aber wenig Menschen“, sagt die Atomkraftgegnerin. Sie befürchtet, dass die wissenschaftlichen nicht die entscheidenden Gründe sein werden, wenn es eines Tages zum Schwur kommt. „Am Ende wird doch wieder geschaut, wo wenig Menschen leben und wenig Widerstand zu erwarten ist“, sagt Hasenfusz. Denn am Ende entscheidet der Bundestag und damit die Politik.

Vorbildliche Ehrlichkeit

Die darin liegende Gefahr sieht auch Superintendent Wichert-von Holten. Der Kirchenmann leitet daraus einen Auftrag ab: „Die BGE muss vorbildlich ehrlich sein. Das Ergebnis der Endlagersuche muss

wissenschaftlich so stabil und unverrückbar sein, dass die Politik es nicht umwerfen kann.“

Dafür muss es jetzt weitergehen. Mit dem Ausgießen. Genau dafür werden – etwa in Thüringen oder Bahlburg – praxisnahe und robuste Methoden zur Bewertung aller 90 Teilgebiete entwickelt. Das Ergebnis ist eine Vorschlagsliste mit Standortregionen, die in einigen Jahren konkret von der Erdoberfläche aus untersucht werden sollen. Anschließend werden die Bürger*innen bei Regionalkonferenzen als „zentralem Gremium zur Beteiligung der Öffentlichkeit vor Ort“ für alle dann übrig gebliebenen Standortregionen einbezogen.

Die Endlagersuche ist vom Gesetzgeber als „selbsthinterfragendes und lernendes Verfahren“ angelegt. Die BGE und das BASE haben gelernt, dass sie nicht für die nächsten Jahre im Tunnel verschwinden dürfen, ohne ihre guten Absichten zu konterkarieren. Offenheit und Transparenz müssen während des gesamten Prozesses gezeigt und gelebt werden. Schließlich soll 2031 die Entscheidung für das deutsche Endlager fallen, und zwar transparent nach wissenschaftlichen Kriterien. Ob das funktionieren wird? Die Weichen jedenfalls sind gestellt.

„Wozu das Ganze?“

Bei der Suche nach einem geeigneten Endlagerstandort sollen Bürger*innen intensiv eingebunden werden.
Ein Gespräch mit dem Kommunikationswissenschaftler Frank Brettschneider

___ Herr Brettschneider, wie kann sichergestellt werden, dass die Beteiligung der Menschen ernst genommen und ein Erfolg wird?

Die Auswahl des bestmöglichen Endlagers für hochradioaktive Abfälle ist ein langwieriger Prozess, bei dem wir noch ziemlich am Anfang stehen. Was sich schon jetzt sagen lässt: Das vorgesehene Verfahren ist genau richtig, weil es reinen Tisch macht und auf maximale Transparenz und Offenheit setzt. Politik und Behörden haben in den vergangenen Jahrzehnten oft Fehlinformationen von

sich gegeben, und mit dieser Hypothek geht es jetzt in die Gespräche. Die Fehler sind ein Ballast. Sie dürfen nicht totgeschwiegen werden. Und schon gar nicht dürfen sie sich wiederholen. Vertrauen ist schnell zerstört – und es dauert lange, es aufzubauen. Genau das kann dieses Verfahren jetzt leisten.

___ Wie kann dieser Vertrauensaufbau gelingen?

Mit Glaubwürdigkeit, die ist ganz entscheidend. Es muss deutlich werden, dass alle Akteure mit offenen Karten spie-

len. Alle Informationen müssen jederzeit allen Interessierten zugänglich sein. Wie gesagt: maximale Transparenz und Offenheit. Denn entscheidend für die Akzeptanz des Ergebnisses ist die Glaubwürdigkeit des Verfahrens.

___ BGE und BASE als staatliche Institutionen müssen also regelmäßig informieren?

Das allein reicht nicht aus. Information darf keine Einbahnstraße sein. Es geht darum, in einen Dialog zu kommen. Es heißt für die Wissenschaft, die Verwaltung und die Politik, den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören und sich mit dem Gesagten auseinanderzusetzen.

___ Reicht das schon aus für die vielerorts geforderte Bürgerbeteiligung?

Bürgerbeteiligung heißt nicht, dass die Bevölkerung entscheidet. Das wäre direkte Demokratie. Die Entscheidung liegt also bei den gewählten Abgeordneten, und damit ist die Mehrheit der Menschen hierzulande auch völlig einverstanden. Unter

Frank Brettschneider lehrt Kommunikation an der Universität Hohenheim. Zu seinen Schwerpunkten zählen das Kommunikationsmanagement, die Verständlichkeitsforschung und die politische Kommunikation. Im März 2021 veröffentlichte er eine Studie über „Bürgerbeteiligung“



einer Bedingung: Sie wollen in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Und das erfordert sowohl von der Wissenschaft als auch von der Verwaltung, ihre Rollen zu überdenken.

___Was muss die Wissenschaft anders machen?

Die Rolle der Wissenschaft in diesem Prozess besteht darin, auf die Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu antworten. Und zwar so, dass diese verstehen, was gesagt wird. Hier hat die Wissenschaft noch einiges zu lernen. Sie muss Expertensprache in eine für Laien verständliche Sprache übersetzen. Auch Visualisierungen helfen, komplexe Sachverhalte anschaulich darzustellen. Denn Verständnis ist die Voraussetzung dafür, Informationen nachvollziehen zu können. Und nur dann kann Akzeptanz entstehen.

___Und wo ist die Verwaltung gefordert?

Für Behörden ist es anstrengend, dieses aufwendige Verfahren der Standortauswahl über den gesamten Zeitraum offen und transparent zu halten. Behörden haben ein anderes Vorgehen gelernt: Der Prozess findet komplett intern statt, und erst die gefundene Lösung wird der Öffentlichkeit vorgestellt. Das muss hier anders laufen. Dieses Rollenverständnis im Dialog müssen viele Verwaltungen erst noch verinnerlichen.

___Die Suche nach einem Endlagerstandort soll wissenschaftlich so solide sein, dass die Ergebnisse unumstößlich sind. Ist das überhaupt möglich?

Es ist der einzig mögliche Weg. Die Auswahl des Standortes wird nur akzeptiert werden können, wenn die Wissenschaft überzeugende Argumente dafür liefert ...

___ ... und wenn ihren Ergebnissen geglaubt wird.

Da habe ich keine Sorge. Wir haben Anfang des Jahres eine repräsentative bundesweite Umfrage durchgeführt. Darin ging es unter anderem um das Vertrauen, das Menschen Institutionen entgegenbringen. Die Wissenschaft lag ganz klar auf dem ersten Platz – noch vor Gerichten und der Polizei. Ja, es gibt 10, vielleicht 15 Prozent der Bevölkerung, die wissen immer alles besser, aber damit kann – und muss – man leben. Alle wird man nie überzeugen. Man braucht allerdings eine breite Basis.

Dafür muss die Standortauswahl sauber erfolgen. Das ist die Aufgabe für die BGE und für das BASE als Träger des Verfahrens. Es ist aber ein Problem, wenn der Prozess aus der Politik heraus unterminiert wird. Wenn die Ministerpräsidenten Markus Söder oder Bodo Ramelow

„Wenn die Ministerpräsidenten Markus Söder oder Bodo Ramelow sagen: ‚Kein Endlager in Bayern‘ oder ‚Kein Endlager in Thüringen‘, dann diskreditiert das den gesamten Prozess“

sagen: „Kein Endlager in Bayern“ oder „Kein Endlager in Thüringen“, dann diskreditiert das den gesamten Prozess. Er wird dann als politischer Prozess wahrgenommen und nicht als eine nach wissenschaftlichen Kriterien ablaufende, objektive Auswahl. Auch erscheint der Prozess dann nicht mehr ergebnisoffen. Genau das ist aber der Kern des gesamten Verfahrens.

___Derzeit kommen angeblich 54 Prozent der bundesdeutschen Fläche als Standort infrage. Das ist doch unrealistisch!

Es kommen nicht 54 Prozent infrage. Sondern 54 Prozent können derzeit noch nicht sicher ausgeschlossen werden. Das ist ein Unterschied. Das ganze Verfahren geht ja schrittweise vor: ein Trichter, in dem oben viel reinkommt – ganz Deutschland –, und am Schluss kommt idealerweise der bestmögliche Standort für ein Endlager heraus. Daher ist es wichtig, die Abläufe wieder und wieder zu erklären. Im bisherigen Schritt ist kein einziger Fakt originär erhoben worden, sondern der Zwischenbericht aus dem September 2020

geht von der Aktenlage aus. Auf der Basis wurde etwa die Hälfte der Fläche in Deutschland ausgeschlossen. Zum Teil gibt es präziseres Datenmaterial, das bewusst noch nicht eingeflossen ist – ausgewertet wird es im nächsten Schritt, der jetzt ansteht. Und dann wird wieder weniger Fläche übrig bleiben. Anschließend erfolgen Erkundungen, in denen neue Daten erhoben werden. Und dann wird wieder weniger Fläche übrig bleiben. Eigentlich ein ganz einleuchtendes und nachvollziehbares Vorgehen.

___Mindestens zehn Jahre wird es noch dauern, bis das Ergebnis der Standortauswahl feststeht. Fordert dieser Zeitraum allen Beteiligten etwas zu viel langen Atem ab?

Ja, aber so ist es eben. Die Datenlage lässt nicht mehr zu. Und auch die Bevölkerung würde ein Hauruck-Verfahren nicht akzeptieren – völlig zu Recht. Die BGE muss also – wir kommen immer wieder auf den Kern – für ein transparentes und offenes Verfahren sorgen, das sauber durchgezogen wird. Das erfordert Mut, denn es bedeutet, sich einzulassen auf ein vorläufiges und damit unvollständiges Wissen. Und es bedeutet, dieses unvollständige Wissen offen zu kommunizieren.

___Egal wie transparent und wissenschaftlich valide das Verfahren durchgezogen wird: Sobald am Ende ein Standortname feststeht, wird sich Widerstand vor Ort regen.

Die Verfahrensakzeptanz ist immer höher als die Ergebnisaakzeptanz. Niemand will ein Endlager in seinem Vorgarten – schon weil vermutet wird, dass es den Wert des eigenen Hauses mindert. Das wird aber selten ausgesprochen. In der Praxis sorgt das für Eiertänze, weil stattdessen Ersatzdiskussionen geführt werden. Dabei sind solche Vorbehalte völlig legitim, dafür sollte niemand in die Ecke gestellt werden.

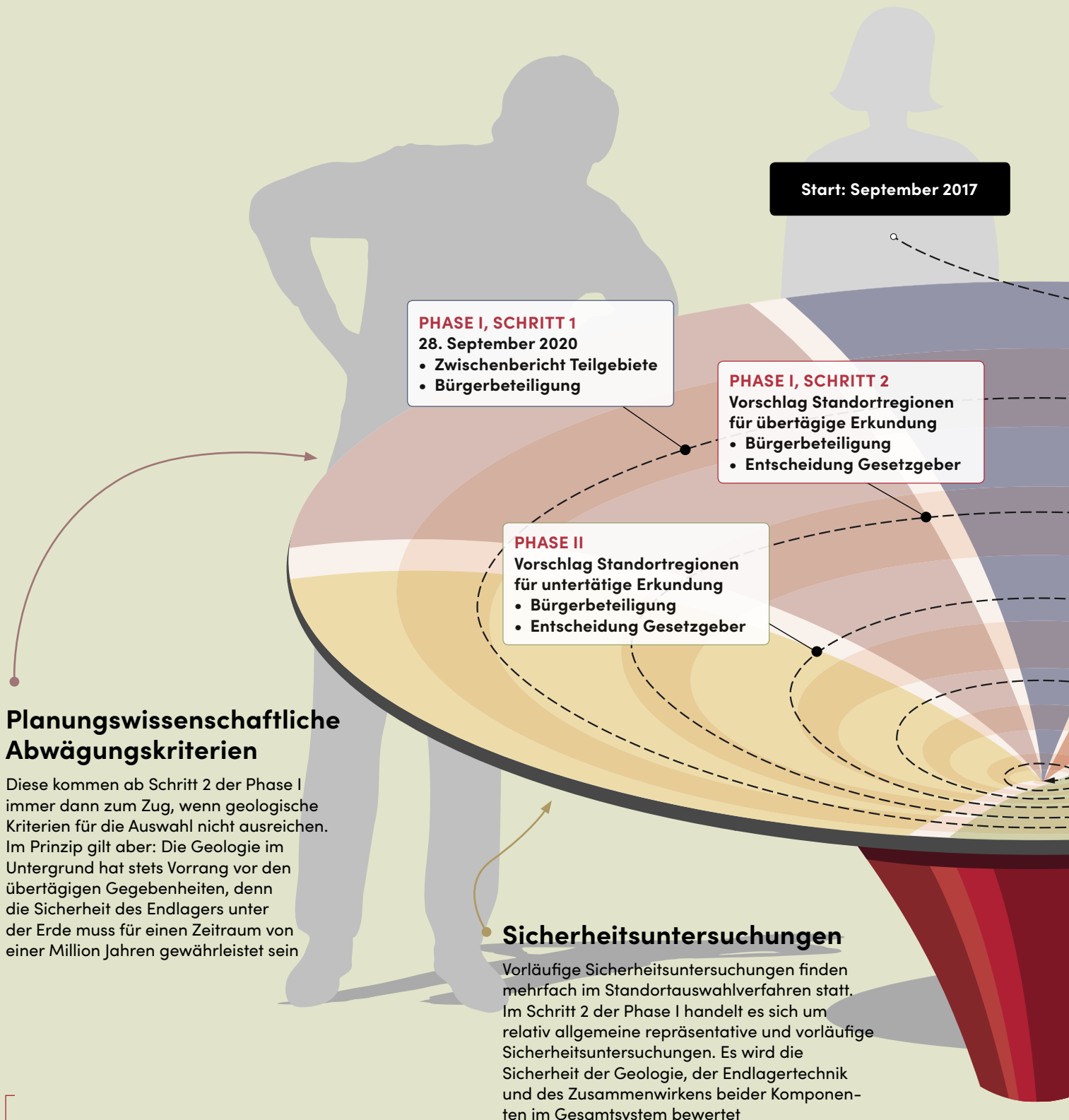
___Wie also umgehen mit legitimen Vorbehalten?

Das beste Vorgehen, um solche Vorbehalte in eine Perspektive zu setzen, ist die Frage: Wozu das Ganze? Das Gemeinwohl muss erkennbar werden – auch für die Bürgerinnen und Bürger mit legitimen Vorbehalten. Sobald beispielsweise Profitinteressen von Unternehmen ins Spiel kommen, wird es schwierig mit dem Gemeinwohl. Aber dass wir die hochradioaktiven Abfälle, die in Deutschland produziert wurden, auch irgendwo lagern müssen, und zwar so sicher wie möglich, das ist Konsens. Irgendwo muss das Zeug halt hin.

Die Fragen stellte Michael Prellberg

Die Endlagersuche – ein lernendes Verfahren

Der Weg zum Endlager gleicht der Bahn einer Kugel in einem Trichter: Ihr Lauf wird von einer Projektphase zur nächsten immer wieder anhand mehrerer Kriterien überprüft. So kann aus Fehlern gelernt werden. Bürger*innen sind eingeladen, den Prozess zu begleiten



Die Expert*innen der BGE arbeiten sich vom Groben ins Feine. Im ersten Schritt der Phase I wurden die existierenden Daten grob ausgewertet, um Teilgebiete auszuweisen (siehe Titelbild). Im zweiten Schritt geht es nun an die detaillierteren Auswertungen. Auf deren Basis entscheidet der Gesetzgeber am Ende von Phase I, welche Gebiete oberirdisch erkundet werden. Am Ende von Phase II schlägt die BGE dem Gesetzgeber mindestens zwei Regionen für die unterirdische Erkundung vor. Phase III mündet schließlich in der finalen Standortentscheidung.

Die Fachleute hinterfragen ihre Ergebnisse selbst und stellen sie zur wissenschaftlichen Diskussion. Dabei sind stets die Bürger*innen beteiligt. So lernt die BGE im Standortauswahlverfahren

Ausschlusskriterien

Sechs Ausschlusskriterien schließen einen Endlagerstandort aus: aktive Störungszonen, negative Auswirkungen von Bohrungen und Bergbau, Vulkanismus, eine Erdbebenzone, Hebungen von mehr als einem Millimeter im Jahr sowie junges Grundwasser

Mindestanforderungen

Mindestens 300 Meter unter der Erde müssen die hochradioaktiven Abfälle eingelagert werden. Die Gesteinsschicht, in der ein einschlusswirksamer Gebirgsbereich gefunden werden soll, muss in der Regel mindestens 100 Meter dick sein. Das Gestein soll möglichst dicht sein, und es soll keine Zweifel geben, dass das Gestein seine Barrierewirkung für mindestens eine Million Jahre behalten wird

Geowissenschaftliche Abwägungskriterien

Elf geowissenschaftliche Abwägungskriterien, die an 40 Indikatoren gemessen werden, sollen die geologische Sicherheit eines Endlagers bewerten helfen. Dabei geht es beispielsweise um die Rückhaltefähigkeit eines Gesteins für Radionuklide, um die Stabilität, Wärmebeständigkeit oder auch um den Zustand des Deckgebirges. Die geowissenschaftlichen Abwägungskriterien werden mehrfach im Auswahlverfahren angewendet, zum zweiten Mal im Schritt 2 der Phase I

PHASE III
Vorschlag für Endlagerstandort
• Bürgerbeteiligung
• Entscheidung Gesetzgeber

Standortentscheidung
2031

Wir laden Sie herzlich ein zum Dialog:

- 12. Oktober 2021, 18–19.30 Uhr (online): Endlagersuche – wie geht das?
- 9. November 2021, 18–19.30 Uhr (online): Endlagersuche – wie geht das?
- 13./14. November 2021, Berlin: Statuskonferenz Endlagerung des BASE
- 14. Dezember 2021, 18–19.30 Uhr (online): Endlagersuche – wie geht das?

Alle Veranstaltungen sind öffentlich, weitere Informationen finden Sie unter:
www.bge.de/veranstaltungen

Die **Fachkonferenz Teilgebiete** ist das erste gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsformat im Standortauswahlverfahren. Weitere Informationen dazu:
www.endlagersuche-infoplattform.de/Fachkonferenz

Haben Sie Fragen?
Dann schreiben Sie uns:
dialog@einblicke.de

Wir über uns

Die **Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE)** sucht den Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle, der die bestmögliche Sicherheit für eine Million Jahre gewährleistet. Außerdem betreibt die BGE die Endlager Konrad und Morsleben sowie die Schachanlage Asse II und das Bergwerk Gorleben.

Im Internet finden Sie weitere Informationen rund um die Endlagersuche und die Beteiligung der Bürger*innen:

- **Bundesgesellschaft für Endlagerung:**
• www.bge.de/endlagersuche
- **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit:**
• www.bmu.de/themen/atomenergie-strahlenschutz/endlagerprojekte
- **Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE):**
• www.base.bund.de
• www.endlagersuche-infoplattform.de
- **Nationales Begleitgremium:**
• www.nationales-begleitgremium.de

Auf der Homepage des Magazins bieten wir aktuelle Informationen und Berichte sowie barrierefreie PDFs aller Ausgaben.

Dort können Sie auch Klassensätze bestellen: www.einblicke.de

Impressum

Herausgeber: Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH, Eschenstraße 55, 31224 Peine, www.bge.de. V. i. S. d. P.: Manuel Wilmanns; Einblicke-Team: Dagmar Dehmer, Frank Ehrlich, Helge Essert, Katharina Kiefer, Klaus Wild **Verlag:** TEMPUS CORPORATE GmbH, Alt-Moabit 94, 10559 Berlin; Projekt- und Redaktionsleitung: Dr. Joachim Schüring; Gestaltung: Susanne Kluge, Chris Delaney (Art Director); Bildredaktion: Sima Ebrahimi-Yazdi; Lektorat: Dr. Katrin Weiden; Herstellung: Tim Paulsen **Bildnachweise:** Titel: BGE/TEMPUS CORPORATE, S. 2: Studio Hamburg Enterprises GmbH, S. 4–7: Charlotte Apel, S. 8: Universität Hohenheim, S. 10/11: Susanne Kluge/TEMPUS CORPORATE **Druck:** Kern GmbH, Bexbach

Die Einblicke sind auf einem FSC-zertifizierten Papier unter Verwendung von Altpapier und wiederaufforstbaren Rohstoffen gedruckt und klimaneutral. Die durch die Herstellung verursachten Treibhausgasemissionen wurden durch Investition in ein Klimaschutzprojekt kompensiert.

Erscheinungsdatum: 7.10.2021 **Vertrieb:** Diese Ausgabe erscheint zeitnah als Beilage in folgenden Medien: DER TAGESSPIEGEL, DIE ZEIT, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, taz, WELT



HINWEIS FÜR BLINDE UND MENSCHEN MIT SEHBEHINDERUNG

Dieses Magazin gibt es auch als barrierefreies PDF-Dokument:
<https://einblicke.de/magazine>



Das Zeichen für verantwortungsvolle Waldförderung